

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Pankow bei Berlin.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter No. 2756) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Stuttgart
Mittwoch, den 3. April
1895.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Maria Zettin (Eigner), Stuttgart, Rothbühlstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Urtheil.

Nicht zu einer Sitzung, zu einem Urtheil trat der Reichstag am 23. März zusammen, um über die ihm angekommene Ehrung Bismarck's zu dessen 80. Geburtstag zu entscheiden. Und sein Beschluß kommt einem Urtheil gleich, ist eine Verurtheilung der Bismarck'schen Raub-, Blut- und Eisenpolitik fluchwürdigen Ansehens, ist eine Warnung für die, welche sich nach ihr als nach den Fleischdöpfen Aegyptens zurückzuehnen und die Bismarckverehrung als ein Symbol ihrer volksfeindlichen Gelüste der vorwärtstosenden Reaktion voranzutragen.

Was die Reaktion vom Reichstage forderte, war nicht eine bloße Höflichkeitsbezeugung gegenüber einem alten Manne, der einst allmächtig im Mittelpunkt des politischen Lebens stand. Es war eine hochpolitische That, ein Pronunziamento zu Gunsten der Vergewaltigung jeder freiheitlichen Regung, zu Gunsten der nacktesten Raub- und Gewaltpolitik der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Bismarck war mehr als sonst Jemand der Träger dieser Politik, er, der in seiner Person die kapitalistische Dreieinigkeit — Junker-, Börsen-, Fabrikkapital — darstellte, war die Verförperung eines Systems, das alles was Freiheit, alles was soziale Entwicklung hieß, unter den Reiterstiefel trat, mit der ochsengräßlichen Stallpeitsche behandelte. Und deshalb seit Wochen schon der bis an Blödeste Narrethei grenzende Bismarckrummel aller Elemente, die von Volksausbeutung leben und ein Interesse daran haben, behufs weiterer Auswucherung der werththätigen Masse dem Rade des politischen Fortschritts durch eine Gewaltpolitik in die Speichen zu fallen. Aus dem Schellengelingel der Bismarcksnarren tönt deutlich das Angstgeschrei der sich bankerott fühlenden Satten und Ueberfatten nach einem politischen Hausknecht, der mit des Reichskanzlers Brutalität und Gewissenlosigkeit gegenüber der Arbeiterklasse seines Amtes walten möchte. Ihrer Rolle getreu, als Vortänzerin des reaktionären Herrensabbaths, war die Regierung mit Sympathie und That an dem Faschingsstreiben betheiligte. Land- und Geheimberäthe wirkten für die Huldigung Bismarck's durch Ehrenbürgerrecht und Glückwunschadressen; Staats- und Gemeindebeamte ließen sich angelegen sein, zum Besten eines neuen Ottopfennigs den Klingelbeutel zu schwenken. Und um der Kundgebung eine „höhere Weihe“ zu geben, um sie zu einer „nationalen“ umzulügen, ward der Volksvertretung eine Huldigung des Mannes zugemuthet, der der Volksvertretung ein solches und beispielloser Brutalität behandelte.

Wohl wußte man, daß das Zentrum dem Reichskanzler den Kulturkampf mit seiner schmählischen Vergewaltigung der Gewissensfreiheit nicht verziehen; daß ihm Polen, Welfen, Elsässer und vor allem Freisinnige und süddeutsche Volksparteiler alten und berechtigten Groll trugen; daß die Sozialdemokraten, die Vertreter des zwölf Jahre lang geächteten Proletariats, dem Vater des Ausnahmegesetzes und seinem System in unversöhnlicher Gegnerschaft gegenüber standen. Aber die bürgerliche Opposition wurde von der Reaktion — und das nicht unverdient — so niedrig eingeschätzt, daß man sie mittels von Drohungen zu Paaren zu treiben erwartete. Jedem noch und auch trotzdem, daß an höchster Stelle recht

deutliche Kommandowinke gefallen sein sollen, ist die Reichstagsmajorität der Reaktion nicht eingeschwenkt. Sie hat Rückgrat bewiesen, ein steifes, festes Rückgrat. Vergeblich zeternten die Vertreter der Konservativen, die ja dem Urheber der Getreidebölle zu großer Erkenntlichkeit verpflichtet sind, von Undank gegen den Mann, der mit dem Reiche den Reichstag geschaffen habe. Umsonst verstieg sich der Bollblutagrarier Kardorff zu der dummdreisten Behauptung, daß sich der Reichstag durch Ablehnung der Huldigung „unsterblich lächerlich mache“. Ungerührt vernahm auch die Reichstagsmajorität die Arie von geschichtlicher Größe und nationaler Pflicht, welche Bennigsen im Namen der Nationalliberalen anstimmte. Mit 163 gegen 146 Stimmen wurde die Ehrung Bismarck's abgelehnt, nachdem die Oppositionsparteien in kurzen Erklärungen ihre Stellungnahme dargelegt hatten. Die Parteien würden sich jedes Ehrgefühls bar gezeigt, sie würden ihrer Vergangenheit ins Gesicht geschlagen und vor allem gegen die Würde und Ueberzeugung ihrer Wähler gehandelt haben, hätten sie sich zu der Huldigung verstanden.

Die Reaktion hat die Bedeutung des Reichstagsbeschlusses kräftig unterstrichen. Ihre Presse schäumt vor Wuth und beutet es aus, daß der Kaiser mit der ihm gewöhnlichen temperamentsvollen Eigenart wieder einmal persönlich in das politische Leben eingegriffen hat. In einem Telegramm versichert er dem Reichskanzler seine „tieffte Entrüstung“ über den Beschluß des Reichstags und seine Ueberzeugung, daß derselbe „im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker stehe“. Bezüglich der Gefühle deutscher Fürsten dürfte der hohe Herr mit seiner Kundgebung wohl den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Aber die Gefühle des deutschen Volks für Bismarck und seine Werthschätzung des Reichstagsbeschlusses steht auf einem anderen Blatt. Bis nach Hinterpommern hinein haben die Deutschen mehr und mehr mit der vormärzlichen Auffassung gebrochen, sich als Völker ihrer Fürsten zu fühlen und mit der frommen Köhlergläubigkeit des beschränkten Unterthanenverstandes ihr Urtheil an die Personen der Fürsten abzubanden. Das deutsche Volk — soweit es nicht besteht aus Lientenants und „ollen ehrlichen“ Bucherern à la Seemann, aus Jobbern, Stumm und Stämmchen, sowie aus den Sippen und Magen der Kanige, oder soweit es nicht durch das Progenthum mit der Hungerpeitsche durch das laudinische Joch der Selbsterniedrigung getrieben wird — es weist mit „tieffter Entrüstung“ jede Huldigung Bismarck's zurück. Nicht vergessen hat es, daß Bismarck's Regierungssystem die Gewissen brutal knechtete; daß Nationalitätsgefühl einzelner Bevölkerungsgruppen verletzte; daß es den Armen nahm und den Reichen gab, um auf Kosten von Bettlern Millionäre zu züchten; daß es die Arbeiterklasse mundtödt und gefesselt der schrankenlosesten Ausbeutung durch das Unternehmertum überlieferte; daß es Lockspitzelthum und Nepotismus großpöppelte, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine Korruption säete, die üppig in die Halme geschossen ist. Und die Sünden der Bismarckerei gegen das Wohl des Volks, sie leben fort, sie stehen bei jeder Gelegenheit auf und zeugen gegen das System. Wenn deshalb je der Reichstag in Uebereinstimmung handelte mit dem Fühlen und Denken des werththätigen Volks, wenn er je die Masse bei einem Beschluß hinter

sich hatte: so als er unbekümmert um Fürstenwunsch und Fürstenurtheil Bismarck die Huldigung versagte. Leicht und mit Würde wird er die verlegende Kritik aus hohem Munde tragen, eingebend des Grundsatzes, daß nicht der Wille des Königs, sondern das Wohl der Allgemeinheit das höchste Gesetz ist.

Es war eine hochbedeutende Sitzung, in welcher die deutsche Volksvertretung über Bismarck's Politik zu Gericht saß und erklärte: gewogen und zu leicht befunden. Wird die bürgerliche Opposition, wird insbesondere das Zentrum die logische Konsequenz des Beschlusses ziehen? Oder wird sie vielmehr die einmalige männliche Haltung als einen Freibrief ausnützen, um mit der Reaktion zu paktieren, um ihr die blutarme deutsche Volksfreiheit auszuliefern? Die nächste Zukunft wird es lehren. Wenn die bürgerliche Opposition nicht ihre Haltung in Sachen des Bismarckurtheils verleugnen will: so muß ohne Debatten der Wechselbalg Umsturzvorlage in der Versenkung verschwinden, aus der ihn die Reaktion beschworen, so müssen die Steuerforderungen der Regierung, müssen die dreisten Raubzugsgelüste der Krautjunker abgeschlagen werden; muß der Wagen der deutschen Reichspolitik in die Bahnen lenken, auf welche die Sozialdemokratie im Interesse der werktätigen Masse seit Langem hinweist.

Wir glauben kaum, daß der leise oppositionelle Hauch, welcher die bürgerlichen Elemente durchzittert, zum kräftigen Wind anschwellen wird, der die Reaktion fortpreist. Das Volk fordert es, aber es darf in dieser Beziehung weniger hoffen von der Einsicht und dem Anstand der ausschlaggebenden bürgerlichen Partei, als von seiner eigenen Kraft, von der energischen Kundgebung seines Willens und — von dem tölpelhaften Eifer der Reaktion.

Arbeiterinnen-Bewegung.

— In der Zeit vom 11. Februar bis 22. März fanden öffentliche Versammlungen statt in: Berlin, öffentliche Versammlung der in der Gerberei, Färberei, Leder- und Galanteriewaarenindustrie, Schuhwarenfabrikation u. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Der geforderte Quebrachzoll“ (Reichstagsabgeordneter Wurm). Die Versammlung protestirte in einer einstimmig angenommenen Resolution entschieden gegen den geplanten Zoll als gegen eine schwere Schädigung der Lederindustrie und der mit ihr zusammenhängenden Berufe, eine Schädigung, die Lohnverkürzungen oder Entlassung für Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Folge haben würde. Öffentliche Versammlung der Händler und Händlerinnen: „Die Beschränkung des Hausir- und Straßenhandels“ (Genosse Zahn); öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Das Genossenschaftswesen“ (Genosse Dr. Arons); öffentliche Versammlung der im Tapeziergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ (Genossin Greifenberg); öffentliche Volksversammlung zum Besten der Arbeiterbildungsschule: „Wahrheit, Recht und Sitte“ (Reichstagsabgeordneter Vogtherr); öffentliche Versammlung der Schäftearbeiter und Arbeiterinnen: „Die Folgen der kapitalistischen Produktion“ (Genosse Schöpflin); öffentliche Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Zustände bei der Firma Hama & Co.“ (Genosse Sailer). Bremer haben, öffentliche Volksversammlung: „Die Frau und der Sozialismus“ (Frau Henrich-Wilhelmi); Dresden, zwei öffentliche Versammlungen der Schneider und Schneiderinnen: 1. „Die amtliche Kriminalstatistik des Deutschen Reichs, vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung aus betrachtet“ (Genosse Heintze); 2. „Die moderne Wirtschaftspolitik“ (Landtagsabgeordneter Postelt); Dohna, öffentliche Versammlung der in der Strohhutindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen des Gewerbes“ (Genosse Heppner); Frankfurt a. O., öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Gewerbes in Frankfurt und die Organisation“ (Genosse Fischer); Köln, öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Vertheilung des Arbeitsertrags“ (Genosse Sillier-Berlin); Königsberg, öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen: „Die geplante Tabakfabriksteuer“ (Genossin Blohm-Hamburg); Wylau, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die Errichtung eines Gewerbegerichts“ (Genosse Lipinski-Leipzig); Offenbach a. M., öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die heutige Gesellschaft und die Arbeiter“ (Genossin Opificius-Frankfurt).

Vereinsversammlungen fanden in der nämlichen Zeit statt in: Berlin, Mitgliederversammlung des Verbands der in Buchbindereien

und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Entwicklung und Umsturz“ (Genosse Hansen); Mitgliederversammlung des Verbandes der Textilarbeiter und Arbeiterinnen: Thätigkeitsbericht, Kasfenbericht; Mitgliederversammlung des Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins: „Zwei freiwillige Arbeiterinnen aus der Bourgeoisie“ (Genossin Greifenberg); Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Knopfarbeiter und Arbeiterinnen: „Ohne ideale Bestrebungen hat das Leben keinen Werth“ (Genossin Baader); Mitgliederversammlung des Vereins der Plätterinnen: „Die Bedeutung der Organisation“ (Genossin Jhrer); Mitgliederversammlung des Vereins der Bügler und Mäntelnäherinnen: „Die Nothwendigkeit einer Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Kleingewerbe und Hausindustrie und einer Reform des Gewerbeinspektorats“ (Genossin Kohrlack); Dresden, Mitgliederversammlung des Verbands der Schneider und Schneiderinnen: „Die Berufsstatistik der Arbeiter“ (Genosse Lütze); Friedena, Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: „Aufgaben und Pflichten der Frau“ (Genosse Wagner); Friedrichsberg, Mitgliederversammlung des Arbeiterinnenbildungsvereins: „Warum hat die Frau nur Pflichten und kein Recht?“ (Genossin Schädlich); Hamburg, Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: „Die Gründung eines Gewerkschaftsbureaus“ (Genosse Liebcher); Stuttgart, Mitgliederversammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Verbrechen und Lebensmittelpreise“ (Genosse Balluff).

— **Protestversammlungen gegen die geplante Tabaksteuer** fanden im Laufe der letzten Monate in allen Theilen Deutschlands statt. Zu einer besonders imposanten Kundgebung dagegen, daß der Tabak mehr „bluten“ soll, gestalteten sich die acht großen Volksversammlungen, welche kürzlich in Berlin stattfanden. Kaum minder großartig waren die Protestversammlungen in Bremen, Hamburg, Dresden, Leipzig, Osnabrück, Magdeburg, Breslau, Halle, Mannheim und in fast allen größeren deutschen Städten. Die Versammlungen protestirten einstimmig und energisch gegen jede weitere Belastung des Tabaks als gegen eine schwere Schädigung der Tabakindustrie, durch welche gegen 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos gemacht und dem Hunger überliefert würden.

— **Fortschritte der politischen Organisation der proletarischen Frauen.** Wo es die so buntscheckigen einzelstaatlichen Vereinsgesetze nicht verbieten, schließen sich befanntlich die Genossinnen auch den politischen Organisationen der Männer an. So in Sachsen, Württemberg, Hamburg u. Die drei Hamburger sozialdemokratischen Wahlvereine zählen zusammen 12625 männliche und 439 weibliche Mitglieder. Dem ersten Wahlverein gehören 52, dem zweiten 176 und dem dritten 211 Frauen und Mädchen als Mitglieder an. Hoffentlich steigt die Zahl der weiblichen Mitglieder wie im vergangenen so auch im laufenden Jahre.

— Um die Organisation der Textilarbeiter und Arbeiterinnen zu fördern, unternahm die Genossin Kohrlack in der Zeit vom 23. bis 28. Februar eine Agitationstour in Sachsen. Die erste Versammlung fand in Chemnitz bei Chemnitz statt und war namentlich von Frauen sehr gut besucht. Der überwachende Beamte hielt es für nöthig, den Einberufer vor der Eröffnung der Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß die Referentin schon in Leipzig sehr scharf gesprochen habe, und daß möglicherweise er (der Einberufer) dadurch Unannehmlichkeiten haben könne. Das Erheben eines Eintrittsgeldes von 5 Pf. für die Person wurde verboten, weil die Versammlung „keine erstrebenswerthen Zwecke verfolge“! — In Chemnitz waren vorwiegend Frauen und Mädchen in der Versammlung anwesend. In wahrhaft rührender Weise ist dort die Polizei um das Wohl der Versammlungsbefucher besorgt, denn Niemand durfte stehen, für Jedermann mußte ein Stuhl vorhanden sein. Der Zweck dieser Verordnung ist klar: es sollen durch sie möglichst viel Personen vom Besuch der Versammlungen ferngehalten werden. Auch die Versammlungen in Limbach und Hermersdorf waren gut besucht. Die im letzteren Orte wohnenden Proletarierinnen sind meist in Chemnitzer Fabriken beschäftigt und müssen 1—1½ Stunde Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurücklegen. Man kann danach ermessen, wie viel Zeit und Kraft ihnen für die Familie bleibt, die man durch Umsturzparagrafen schützen will. „Die Frau muß der Familie erhalten bleiben“, nicht so, Herr Hize und Herr Schall? In Markersdorf war die bereits kurz gekennzeichnete Fürsorge der Behörden für die Bequemlichkeit der Versammlungsbefucher auf das Höchste gesteigert. Nicht bloß das Stehen ist hier — offenbar aus gesundheitlichen Rücksichten — verboten, sondern die Tische müssen in einer Entfernung von zwei Metern voneinander aufgestellt sein, so daß man bequem zwischen ihnen tanzen kann. Es wäre recht wünschenswerth, daß bezüglich der Arbeitsräume, in denen

befucher. Wo und in welcher Form auch immer das Proletariat für den Gedanken seiner Befreiung aus bitterer Noth und unwürdiger Knechtschaft eintritt, da steht jetzt auch seine Frauenwelt begeistert, zielbewußt und opferbereit in Reih und Glied.

In Wien gedachte das Proletariat am 11. der Märztag in einer geradezu überwältigenden Kundgebung. Tausende und Abertausende drängten sich Vormittags zu vier großen Volksversammlungen. Gegen 50000 Manifestanten, darunter bemerkenswerth viel Frauen und Mädchen, zogen Mittags nach dem Grabe der Märzgefallenen, das sie mit zahlreichen Kränzen schmückten. Nachdem mehrere Führer der sozialdemokratischen Partei kurze, zündende Ansprachen gehalten hatten, zog die Masse unter dem Gehang von Arbeiterliedern vor das Parlament, und die Feier endete trotz der aufgebotenen Polizeimacht mit einer großartigen Kundgebung zu Gunsten des Wahlrechts, das dem österreichischen Volk trotz aller Versprechungen der Regierung noch immer vorenthalten ist. Auch in anderen Orten Oesterreichs wurden die Märztag erhebend gefeiert. In Italien und Frankreich hat die Arbeiterklasse ebenfalls in zahlreichen Kundgebungen der vergangenen Freiheitkämpfer und -helden gedacht und seinem festen Entschluß Ausdruck verliehen, auf dem beschränkten Wege vorwärts zu marschiren zur Eroberung der Zukunft. Wie der 1. Mai, so ist der 18. März zu einem internationalen Feiertag der Proletarier geworden, die sich aus Gegenwartsflaven zu Zukunftsfreien emporingen.

Bebel's Ausführungen im Reichstage über das Wahlrecht der Frauen.

(Schluß.)

Werden einmal die Gründe für das Recht auf der einen Seite in Betracht gezogen, dann hat man die Verpflichtung, sie auf der anderen Seite auch in Betracht zu ziehen und festzustellen, was die Frauen für den Bestand der Gesellschaft leisten. Die Frauen sind auch in erster Linie die Erzieher unserer Kinder, sie sind also an unserer Erziehungsgesetzgebung im eminentesten Maße interessiert. Daß man das anderwärts auch anerkennt, beweist die Thatsache, daß dort, wo man noch nicht dahin gekommen ist, den Frauen das politische Stimmrecht einzuräumen, man vielfach dazu gelangt ist, ihnen das Stimmrecht in Bezug auf die Wahl derjenigen Organe einzuräumen, die mit der Erziehung und Ueberwachung der Erziehung in engstem Zusammenhange stehen. So sind in diesem Augenblick in den Vereinigten Staaten 22 Staaten vorhanden, in welchen die Frauen das Recht haben, die Schulrätthe zu wählen und dazu gewählt zu werden. Daselbe

Recht in demselben Umfang wie den Männern ist ihnen vielfach in England ertheilt worden; sie wählen dort seit Jahren in die sogenannten schoolboards und haben Sitz und Stimme in denselben und erfüllen anerkanntermaßen ihre Pflicht in ausgezeichnete Weise. Wir haben ferner 7 Staaten unter den circa 40 der Vereinigten Staaten, in welchen die Frau das Wahlrecht in der Gemeinde besitzt, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie der Mann. Nirgends besteht eine Klage darüber, daß dieses Wahlrecht in einer Weise sich geltend gemacht hat, daß es den Gemeinden zum Schaden gereicht habe. In Schweden haben die Frauen seit 10 Jahren das Bezirks- und Gemeindevahlrecht unter denselben Bedingungen wie die Männer. In England ist das Grasschafts- und Gemeindevahlrecht in einer großen Zahl von Bezirken ihnen zugestanden. Kurz, nach allen Richtungen hin sind bereits Thatsachen vorhanden, die weit von dem abweichen, was wir in Deutschland besitzen.

Aber auch bei uns in Deutschland ist der Fall nicht ganz so vereinzelt, wie man annimmt, daß Frauen wenigstens das aktive Stimmrecht besitzen. In Sachsen wenigstens bestimmt die Landgemeindeordnung, daß eine Frau, die auf Grund ihres Grundbesitzes ein Stimmrecht hat, es auch ausüben darf, wenn sie keinen Mann besitzt, also ledigen Standes ist; in dem Augenblick, wo sie sich verheirathet, geht ihr das Stimmrecht verloren; aber im Prinzip trägt man in der sächsischen Landgemeindeordnung kein Bedenken, der Frau das Wahlrecht einzuräumen.

Nun giebt es aber in den Vereinigten Staaten einen Staat, in dem am 12. Dezember 1894 sogar das fünfundsundzwanzigjährige Jubiläum des politischen Stimmrechts der Frauen offiziell gefeiert wurde; es ist der Staat Wyoming. An jenem Tage beschloß die Volksvertretung des Staats folgende Adresse:

Der Besitz und die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen in Wyoming hat keinerlei schlechte, sondern nach vielen Richtungen hin sehr gute Folgen gehabt; es hat in hervorragender Weise dazu beigetragen, Verbrechen und Armuth aus diesem Staate zu verbannen, und zwar ohne alle Gewaltmaßregeln; es hat friedliche und ordentliche Wahlen, eine gute Regierung, einen bemerkenswerthen Grad von Zivilisation und öffentlicher Ordnung herbeiführen helfen; und wir weisen mit Stolz auf die Thatsache hin, daß seit 25 Jahren, seit die Frauen das Stimmrecht besitzen, kein Distrikt von Wyoming ein Armenhaus besitzt, daß unsere Gefängnisse so gut wie leer und Verbrechen so gut wie unbekannt sind. Gestützt auf unsere Erfahrung, dringen wir darauf, daß jeder zivilisirte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht gewährt.

Meine Herren, ich gehe nicht so weit, wie jene begeisterten Vertheidiger des Frauenwahlrechts in Wyoming,

Maria Stuart.

Eine historische Skizze.

Von Manfred Wittich.*

Maria Stuart im Lichte der neuesten Geschichtsforschung. So lautete das Thema, welches sich Professor Dr. Gustav Storm gestellt hatte für einen Vortrag in dem „Verein für Vorlesungen“ zu Bergen in Norwegen. 1890 gab er in gedrängter Kürze die Resultate seiner Forschungen über die Geschichte der Maria Stuart wieder, auf Grund deren er später schaffen wollte und schuf, „was uns bisher mangelte“, wie der Uebersetzer des Storm'schen Buches, Archivrath P. Wittmann, sagt in seinem Vorwort: „eine auf dem Boden der neuesten Forschung stehende, vollkommen objektive, dabei populäre Biographie Mariens“, deren wesentlichsten Inhalt wir unter wärmster Empfehlung des Storm'schen Buches hier wiedergeben wollen.

Bekanntlich hat der, der den Schaden hat, nicht nöthig, für den Spott zu sorgen — und eine unterliegende Partei kommt in der Geschichtschreibung gemeinlich schlecht genug weg. So hat neulich erst ein deutscher Gelehrter, P. Friedmann, bewiesen, was für ein Scheusal Anna Boleyn, eine der von König Blaubart von England — Heinrich VIII. — verstoßenen Frauen gewesen ist, oder gewesen sein soll.

Die „jungfräuliche“ Königin Elisabeth, die „Vorkämpferin des Protestantismus“, der angeblich „reineren“ Lehrform des Christenthums, hat ihre Thronmitbewerberin — denn Maria war eine echte Tochter König Jakobs V. von Schottland und Enkelin Heinrichs VII. von England — aus Staatsklugheit köpfen lassen. Aus welchen äußerlichen Gründen Heinrich VIII. die Reformation in England

einführte, ist bekannt: die Schwierigkeiten bei seinen verschiedenen Ehescheidungen machten ihm wünschenswerth, sein eigener Papst zu werden, das einzuziehende Kirchengut war auch nicht zu verachten.

Bei dem Umschwung der kirchlichen Dinge in Schottland lag die Sache ähnlich: der Adel des Landes war arm, die katholische Kirche reich. „Auf, reformiren wir, dann werden wir reich und die Kirche arm!“ so sagte sich der schottische Adel und die „Reformation“ griff reizend um sich. Natürlich erzählt davon die protestantische „Geschichtskitterung“ nichts und in unseren Schulen ist Maria Stuart ein verlorenes, verbuhltes Weib, Mörderin ihres zweiten Gatten Darnley, die dann den Mörder heirathete, Verschwörungen mit den katholischen Mächten anzettelte und sogar der „jungfräulichen“ Königin Elisabeth — die trotz aller Jungfräulichkeit recht flott geliebt und gelebt hat — nach dem Leben trachtete und dafür — natürlich nach allen Formen Rechtsens — geköpft wurde.

Bekanntlich hat Schiller in seinem Drama „Maria Stuart“, das er, der Wallenstein'schen Soldaten müde, schrieb, um sich einem menschlicheren Stoffe zu widmen, den Spieß umgedreht mit dem Rechte des Dichters — und ist dafür von lutherischen Eiferern als geheimer Katholik denunzirt worden.

Und jetzt kommt der skandinavische Gelehrte, namentlich auf den mit Maria Stuart gleichzeitigen Quellen fußend, zu einem ähnlichen Resultat. Ohne Elisabeth so schwarz wie Schiller zu zeichnen, leugnet er die Schuldfrage betreffs Darnley's Ermordung und der Umtriebe und von Maria angeblich geplanten Attentate gegen Elisabeth. Maria ist nach ihm ein Opfer des schon lange vorher stets mit England liebäugelnden schottischen Adels. Dieser hat seinerseits den ihm unbequemen Darnley beseitigt, wie ehedem den Riccio, die Heirath mit Bothwell mindestens begünstigt und dann den mit einem politischen Justizmord endenden Staatsprozeß gegen Maria angestrengt und erscheint somit als deren eigentlicher Kollektivmörder.

* Nachdruck nur mit Bewilligung des Verfassers gestattet.

zu sagen, daß alle die schönen Dinge, die jedenfalls auf Wahrheit beruhen, nur dem Umstande zu verdanken seien, daß die Frau dort das Stimmrecht hat. Die Hauptursache dafür ist nach meiner Ueberzeugung die dortige exceptionelle soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Aber dem stimme ich bei: es haben die Frauen, weil sie Theil haben an den öffentlichen Wahlen — und sie sitzen sogar dort auf der Schworenenbank —, in auszeichneter Weise dazu beigetragen, daß der Kultur- und Zivilisationszustand des Staats sich in der Weise gehoben hat, wie es thatsächlich der Fall ist. Auch auf der anderen Erdhälfte, in Neuseeland, haben seit zwei Jahren die Frauen das politische Stimmrecht, und auch dort wird es anerkannt: mit den besten Folgen für die öffentlichen Angelegenheiten. Meine Herren von der Rechten, ich behaupte sogar: die Gefahr wächst, daß Ihnen die stimmberechtigten Männer nicht mehr pariren, in Ihrem eigenen höchsten Interesse liegt es, den Frauen das Stimmrecht einzuräumen. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn wir in diesem Augenblick den Frauen das Stimmrecht gleich den Männern einräumten, die sehr große Majorität derselben gleich den Männern einräumten, die sehr große Majorität derselben konservativ, höchstens nationalliberal wählen würde. Sie haben also in den Frauen noch eine Reserve, die Ihnen unter der wählbaren Männerwelt immer mehr abhanden kommt. Also in Ihrem eigenen Interesse wären Sie veranlaßt, den Frauen das Wahlrecht zu gewähren. Wir sprechen also quasi gegen unser eigenes Interesse; aber freilich, meine Herren, auf der anderen Seite sage ich auch ganz offen: genau so, wie es in den 27 Jahren während der Dauer des allgemeinen Stimmrechts in der Männerwelt gegangen ist, so wird es wahrscheinlich später auch einmal mit der Wirkung des allgemeinen Stimmrechts in der Frauenwelt gehen; diese Ueberzeugung habe ich. Wir haben Anfangs auch unter den Männern schwer zu arbeiten gehabt. Vor 27 Jahren eine kleine Schaar, verlacht, verspottet, vielfach verlästert, sind wir heute die stärkste Partei im Reiche. Indeß vorläufig würden sogar viele Frauen von Sozialdemokraten mit ihren Männern nicht stimmen — davon bin ich, unter uns gesagt, sogar überzeugt.

Trotz alledem sind wir für das Frauenstimmrecht, und zwar aus Gerechtigkeitsgründen, aus Fortschrittsgründen. Es geht auf die Dauer nicht, daß die Hälfte der Nation — und ich sehe hinzu: die größere Hälfte derselben — vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Die Frauen bilden in Deutschland unbestritten die größere Hälfte der Nation. (Zuruf: die bessere Hälfte.) — Gut, ich sehe auch hinzu: die bessere Hälfte. Ich behaupte, daß die Frauen weit mehr Gerechtig-

gelungen ist dem skandinavischen Gelehrten der Nachweis der Unechtheit der sogenannten „Kassettbriefe“, die Marias Schuld hauptsächlich erweisen sollten, aber lediglich in Kopien und Uebersetzungen oder gar nicht dem Gerichtshof vorlagen. Der „Uebersetzer“ desselben erfreute sich zugleich des Ehrentitels eines höchst geschickten Handschriftensälfchers — gewiß eine recht bedenkliche „Geschichtsquelle“. Marias Originalbriefe sind verschwunden; vielleicht hat sie der protestantische Teufel geholt, oder der katholische? Wer weiß!

Die siegreiche reformirte Kirche erbt den ganzen Verfolgungsfanatismus ihrer Gegnerin und kehrt ihn gegen diese, wie unter Anderem auch schaurig die Geschichte Irlands beweist! Hier waren zu manchen Zeiten Schießprämien auf Katholiken gesetzt, ebenso wie auf Wölfe und anderes Raubzeug.

Nicht nur zur Annexion von Kirchengut, auch zur Revolution gegen Maria war dem schottischen Adel die neue Lehre eben recht. Der schottische Reformator Knox (sprich Nox) lehrte ja, daß freilich der Herr Gehorsam gegen die Fürsten geboten habe, daß aber diese Pflicht aufhören müsse, wenn die Fürsten gegen Gottes offenbaren Willen kämpften. „Ein abgöttischer (d. i. katholischer) Fürst kann abgesetzt und bestraft werden; wenn die oberste Obrigkeit ihre Pflicht versäumt, fällt Recht und Pflicht den Niederen zu.“ — Die große englische Revolution hat bekanntlich die praktische Anwendung von diesem Satz Karl I. gegenüber gemacht! So viel uns bekannt ist, wird beim vierten Gebot noch heute so in den Schulen gelehrt, nur daß statt Fürsten „Regierungen“ gesagt wird; in unserer Jugend wenigstens ist noch von einem unter Umständen „gottgewollten“ Rechte der Erhebung der Völker geredet worden.

Diese Lehre war natürlich Wasser auf die Mühle der rebellischen Adelligen, die mit England konspirirten und deren einer, Bothwell, es sogar verstand, so zu laviren, daß er Marias Hand

leitungsgefühl besitzen als die Männer; ich behaupte ferner, daß die Frauen viel weniger korrumpirt sind als die Männer, daß sie in jeder Beziehung das moralisch höhere Element der Gesellschaft bilden. Ich habe nicht die Meinung, daß die Politik den Charakter der Frau verdirbt, ich bin vielmehr der Ansicht, daß die Frauen genau wie die Männer zum öffentlichen Leben zugelassen werden müssen. Ich bin auch überzeugt, daß das im höchsten Grade wohlthuend auf unser öffentliches Leben einwirken wird. Ich bin ferner überzeugt, daß gar Vieles, was unter Männern in öffentlichen Versammlungen gesagt wird, wenn die Frauen mitzureden und mitzuwählen hätten, nicht gesagt werden würde. Und, meine Herren, ich glaube sogar: Sie würden sich die Verschärfung der Geschäftsordnung dieses Hauses ersparen können, wenn wir hier in Hause Frauen als Delegirte hätten. In England spielt die Frage der Gewährung des Frauenstimmrechts bereits seit Jahrzehnten eine gewichtige Rolle; und dort trat das Eigentümliche ein, was jedenfalls auch bei uns gegebenen Falls eintreten würde, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die eo ipso auf Grund ihres Programms und ihrer Ueberzeugung für das Frauenstimmrecht sich erklärt, genau wie in England, wenn erst einmal diese Frage eine gewisse Aktualität erlangt, die bürgerlichen Parteien sich spalten. Wir erleben, daß viele Herren, die sich liberal nennen, sehr entschieden gegen das Frauenstimmrecht sind, und andere, die konservativ sind oder dem Centrum angehören, für das Frauenstimmrecht eintreten würden — genau wie in England.

Wie aber in England die Dinge gegangen sind, dafür einige Thatsachen. Im Jahre 1886, also vor jetzt knapp 9 Jahren, war die Anhängerzahl für das Frauenstimmrecht im englischen Parlament derart gewachsen, daß in der ersten und zweiten Lesung die Mehrheit der Mitglieder des Hauses der Gemeinen für den Antrag stimmte; und es wäre unzweifelhaft zu einer definitiven Abstimmung in demselben Sinne in der dritten Lesung gekommen, wenn nicht mittlerweile die Auflösung des Parlaments erfolgte. Alsdann hat zum letzten Male vor zwei Jahren die Frage das englische Parlament beschäftigt. Bei jener Gelegenheit war allerdings das Resultat weniger günstig, aber doch wurde die Frage, ob in die zweite Lesung eingetreten werden sollte, nur mit 175 gegen 152 Stimmen verneint. Wie man ferner in England in den angesehensten Männerkreisen über diese Frage denkt, dafür eine kurze Ausführung aus einer Rede von Lord Salisbury, die er in Edinburg am 29. November 1888 hielt. Darin sagt er: „Ich hoffe ernstlich, daß der Tag nicht mehr fern sein wird, an dem die Frauen das Stimmrecht für die Parlamentswahlen mit den Männern theilen und die politische Richtung des Landes

ergatterte und den „verhaßten Königsbrud“ nun seinerseits auf seine Standesgenossen und Mitverschworenen ausüben konnte. Als die schottischen Adelligen es erlangten, daß ihr Raub der Kirchengüter anerkannt und bestätigt wurde als rechtmäßiger Besitz, da huldigten sie, je nach den Umständen, ebenso dem Katholizismus, wenn er ihnen das Geraubte ließ, wie katholische Adelige, die auch mit „säkularisirt“ hatten, fröhlich der Reformation huldigten, wenn sie das fremde Eigenthum behalten durften.

Außerdem verhandelten die sauberen Herren fortwährend sowohl mit Elisabeth wie mit Maria, ihrer „angestammten“ Herrscherin. Die Figur des Grafen Leicester in Schiller's Drama ist eine treffliche Verkörperung dieser Zweifachsträger-Gesellschaft von „Besten und Edelsten“ der schottischen Nation. Aber auch der „große Reformator“ ist von dem Vorwurfe elender Heuchelei nicht freizusprechen.

John Knox, der ein Buch gegen Marias königliche Herrschaft in Schottland geschrieben hatte, in welchem es hieß, daß „die Beförderung eines Weibes zur Regierung und Herrschaft über ein Reich, Volk oder eine Stadt gegen die Natur gehe, eine Beleidigung Gottes und seinem offenbaren Willen zuwider, endlich auch ein Verbrechen gegen gute Ordnung, Recht und Gerechtigkeit“ sei — dieser Mann war Heuchler genug, seiner „angestammten Königin“ Maria vorzulügen, dieses Buch richte sich gegen die „Jesabel von England“, gegen Maria Tudor!

Wo die Königsgewalt aufsteigt, da wird die Revolution zunächst vom Adel besorgt, dessen verschiedene Familien natürlich nicht einer allein alle Vortheile der Königsposition überlassen wollen. Und bis auf den heutigen Tag ist der Adel je und je nur bei Achtung seiner Privilegien seitens der Krone „Königstreu“ gewesen, hat bei Beeinträchtigung seiner Interessen immer und allezeit rebellirt, frondirt, opponirt. Von den 107 schottischen Königen bis auf Maria

mitbestimmen". Das sagt einer der ersten englischen Staatsmänner und dazu ein konservativer Staatsmann in Bezug auf diese Frage.

Wir in Deutschland sind ja leider in so vielen Dingen gewohnt, uns in der Rolle des österreichischen Landsturms zu befinden, wo es heißt: „Immer langsam voran, immer langsam voran!“ In diesem Augenblicke sind wir sogar in der Rolle, daß es heißt: Immer weiter zurück und in keinem Falle vorwärts! Wir befinden uns in Deutschland in einer Periode allgemeiner Reaktion. Wir sehen, daß die ausschlaggebenden Männerklassen all ihr Sinnes, all ihr Denken, all ihr Fühlen darauf gerichtet haben, die mäßigen Fortschritte, die wir im Laufe der letzten Jahrzehnte in Deutschland errungen haben, wieder aufzuheben und zu nichts zu machen. Ginge es nach dem Willen gewisser Elemente hier im Hause, wir würden in einen wahren Galopp der Rückwärtserei verfallen und würden eine Menge Geseze, welche die Nation als Fortschritt in den letzten Jahrzehnten angesehen hat, entweder nach rückwärts revidiren oder aufheben und aus der Welt schaffen. Nun, meine Herren, je mehr Sie nach rückwärts drängen, desto mehr werden wir nach vorwärts drängen. Wir wissen, daß wir dafür die Geseze der Entwicklung, die Interessen des größten Theils der Gesellschaft, das Gebot der Nothwendigkeit auf unserer Seite haben. Es giebt keinen Stillstand in der Volksentwicklung, es giebt auch keinen Stillstand in der Entwicklung des politischen Lebens einer Nation. Wenn bestimmte Klassen den Versuch machen, gewaltsam eine solche Rückwärtserei einzuführen, dann wird mit Naturnothwendigkeit aus der Tiefe des Volks heraus sich die entschiedenste Opposition dem entgegenstellen. Diejenigen, welche die Reaktion wollen, werden dem Fortschritte gegenüber unterliegen. Mögen Sie immer, meine Herren, mit Ihren Umsturz- und Rückwärtsvorlagen kommen, wir wissen, daß wir den Fortschritt der Gesellschaft repräsentiren; wir wissen, daß uns die Zukunft gehört, die Zukunft trotz alledem und alledem.

Eine Antwort.

In Nr. 5 der „Frauenbewegung“ vom 1. Mai antwortet Frau Lily v. Gyzki unter dem Titel: „Nach links und rechts“ auf meinen Artikel: „Frauenrechtlerische Harmonieduselei“ (Nr. 1 der „Gleichheit“). Der betreffende Artikel war scharf in der Klarlegung des grundsätzlichen Unterschieds zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung; scharf und polemisch gegenüber gewissen schön empfindenen, aber an den thatsächlichen Verhältnissen zerfallenden Bestrebungen, mit der Losung „Kampf um Frauenrechte“ bürgerliche

sind, wie ein mit dieser Königin zeitgenössischer schottischer Schriftsteller berechnet, 56 eines gewaltigen Todes gestorben, vom Adel ermordet worden, theils im offenen Kampfe, theils auf dem den „Edelsten und Besten“ nicht ungeläufigen Wege des Muehel-mordes.

Das Bestreben der Könige, ihre Macht zu befestigen, setzte, wenn es wirksam sein sollte, drei dem Adel — allerdings dann auch anderen Ständen und Klassen — widerwärtige Maßregeln voraus: Brechen jeder anderen Gewalt, vor Allem der des Adels, der die Macht des Volkes früher schon mit den Königsgeschlechtern gemeinschaftlich gebrochen hatte, Einführung eines durchgreifenden, ergiebigen Steuersystems, Errichtung von stehenden Heeren.

Diese Kämpfe tobten auch in Schottland fortwährend bis zu Marias Tode: bald war Schottland eine Adelsrepublik, bald die Beute wilder Kämpfe zwischen Adel und Krone, daneben galt es noch, das Land von England unabhängig zu erhalten. Nach Einführung der Reformation neigte Schottland stark zu dem reformirten Nachbarstaate hin: mit der englischen Reformation sog man auch englische Ideen ein, englische Abneigung gegen (das katholische) Frankreich.

Als ein Opfer dieser ungeligen Verhältnisse fiel Maria. Sie war kindlich-gläubige, begeistert fromme Katholikin, sie ehelichte noch dazu 1558 den französischen Dauphin (Kronprinz), der als ihr Gatte den Titel eines Königs von Schottland annahm. Das verdroß den schottischen Adel.

Als Maria die Blutige starb, nannten sich Maria und ihr Gatte auch Königin und König von England, da man die letzte englische Königin Elisabeth als Bastard betrachtete.

Ein Bund der schottischen Lords „für das reine Wort Gottes“ — und Erhaltung ihrer der katholischen Kirche geraubten Güter — war schon 1557 geschlossen worden. Er stellte den ehemaligen

und proletarische Frauen unter den Hut kritikloser Harmonieduselei zu bringen. Aber diese scharfen Ausführungen galten einer sozialen Strömung als Ganzes, sie bezogen sich auf die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, wie sie sich als Gesamtheit, als Trägerinnen einer Bewegung in Folge der Entwicklung ihrer Klasse darstellten und — setze ich hinzu — darstellen müssen. So war der angezogene Artikel trotz aller Schärfe durchaus sachlicher Natur und wendete sich gegen Niemand persönlich.

Frau v. Gyzki's Antwort steht im vollsten Gegensatz dazu. So wenig scharf der Ton ist, den sie anschlägt, so durchaus unsachlich und dem Wesen nach rein persönlich ist ein großer Theil ihrer Ausführungen. Auf die Hauptsache meiner Darlegungen, den tiefen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Zielen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung geht sie mit keinem Wort ein, dagegen wendet sie sich gegen nebensächliche Punkte, in denen sie mich entweder gründlich mißverstanden hat, oder in Betreff deren sie für die bürgerlichen Frauen mildernde Umstände plädiert, oder aber bezüglich welcher sie nichts beweist, als daß sie eine recht irrtümliche Auffassung von der sozialistischen Bewegung hat. Aber je weniger sich der Artikel „Nach links und rechts“ mit dem von mir vertretenen grundsätzlichen Standpunkt beschäftigt, um so mehr dafür mit meiner Person. Meine Haltung kommt nicht in Betracht im Zusammenhang mit gewissen grundsätzlichen Ueberzeugungen und als deren naturnothwendige Konsequenz, vielmehr als die Aeußerung gewisser Charaktereigenschaften einer schönen Seele, wie „Erregung“, „blinder Parteisanatismus“ etc. Dieses In-die-Tasche-stecken einer prinzipiellen Auseinandersetzung würde mich jeder Antwort entheben, wenn es nicht immerhin noch Viele gäbe, für welche Nichtantwortenwollen gleichbedeutend ist mit Nichtantwortenkönnen. Und so entschließe ich mich zu einer Erwiderung.

Schon aus dem Wortlaut meiner Ausführungen hätte sich Frau v. Gyzki davon überzeugen können, daß ich die „Frauenbewegung“ nicht kritikloser Harmonieduselei zieh, weil das Blatt „in seinem Programm seine Neutralität betonte und alle Richtungen zum Wort kommen lassen wollte“. Maßgebend für mein Urtheil war die Versicherung, daß das Blatt „eine Vereinigung aller Einzelbestrebungen für das Wohl des weiblichen Geschlechts bilden wollte“, daß es mithin die Interessen der bürgerlichen und proletarischen Frauen zu vertreten versprach. „Damit strebt es unseres Erachtens ein Ziel an, das nie erreicht werden kann“, behauptete ich dieser Programmversicherung entgegen. „Daß bürgerliche und proletarische Frauenbewegung sich in der und jener Einzelsforderung berühren können, ja berühren müssen,

Regenten von Schottland während Marias Minderjährigkeit an seine Spitze und wurde von der englischen Elisabeth unterstützt, erst geheim mit Geld, dann offen mit Heer und Flotte.

Dabei erzwang Elisabeth für sich Verzicht Marias und ihres Gatten auf Englands Thron.

Maria war am 8. Dezember 1542 geboren als Tochter und einzige echte Erbin James V. Noch als sie Kind war, stellte ihr Heinrich VIII. nach, um sie mit Gewalt mit seinem Sohn zu vermählen und so Schottland friedlich zu annektiren. 1548 holte eine französische Flotte Maria zur Erziehung und späteren Vermählung mit Franz II. nach Frankreich. Wohl herrschte am französischen Hofe große Lebenslust, aber Maria wurde gut erzogen. Am Neujahrstage 1555 — sie war damals zwölf Jahre alt — trug sie dem versammelten Hofe eine im besten ciceronischen Latein abgefaßte Rede vor über das Thema: „Die Begabung des weiblichen Geschlechts für Wissenschaft und Kunst“. Sie selbst war ein lebender Beweis für diese These, wie alle Zuhörer, die anwesenden fremden Diplomaten mit eingeschlossen, verblifft zugestehen mußten. Sie verstand, sprach und schrieb in trefflichem Stil außer Latein auch Schottisch, Englisch, Französisch und Italienisch, dabei war sie Meisterin in allen weiblichen ebenso wie in allen ritterlichen Künsten. Ihr persönlicher Muth ist über allen Zweifel erhaben, sie hat ihn in Jagd und Krieg und im langjährigen Leiden der Gefangenschaft glänzend bewährt.

Zudem war sie als Regentin gerecht und billig, freilich auch sehr von dem Bewußtsein ihrer Würde durchdrungen, aber dabei leicht geneigt, erfahrene Unbill zu verzeihen, allzu leicht, selbst dem erkannten Verräther, von Neuem zu trauen: „Der Grundzug ihres Wesens war Sympathie“, sagt Storm. Ihre Schönheit ist allgemein unbestritten gewesen und bekannt.

(Fortsetzung folgt.)

vermag daran nichts zu ändern." Und in den nachfolgenden Ausführungen legte ich den Gegensatz zwischen den Lebensinteressen bürgerlicher und proletarischer Frauen dar, damit die Unmöglichkeit, in einem Athem bürgerliche und proletarische Interessen zu vertreten. Anstatt daß Frau v. Gizycki meinen Ausführungen entgegen nachgewiesen hätte, daß zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauen eine Interessengemeinschaft besteht, welche ausschlaggebend ist als die Klassenlage und die Klassengemeinschaft, läßt sie mich eine Neutralität und gewisse journalistische Usancen bekämpfen, deren ich als durchaus nebensächlich überhaupt gar nicht Erwähnung that. Dieses Quiproquo ist ungemein charakteristisch für die Auffassung und die Polemik des Artikels „Nach links und rechts“.

Weil die Sozialdemokratie in ihrem Programm die Befreiung der Frau fordert, meint Frau v. Gizycki, daß Sozialdemokraten die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht bekämpfen dürften. Wäre ihre Ansicht richtig, so müßte die Sozialdemokratie auch jeden Kampf gegen die bürgerliche Demokratie einstellen. Auch mit dieser hat sie bekanntlich eine Reihe politischer Forderungen gemeinsam. In dem einen und anderen Falle erfolgt ihr Kampf und muß erfolgen nicht wegen dem, was gefordert wird, sondern mit Rücksicht auf das, was die eine und andere Bewegung nicht fordert und ihres bürgerlichen Wesens Wesenheit nach auch nicht fordern kann. Gerade aber dieses im bürgerlichen Lager fehlende Mehr an Forderungen, für das nur die Sozialdemokratie eintritt, ist allein die Grundlage der vollen sozialen Befreiung der proletarischen Masse. Und um proletarischerseits keine Täuschung aufkommen zu lassen, daher in dem einen und anderen Falle unsere Kritik und eventuell unser Auf-die-Finger-Klopfen, sobald sich die bürgerlichen Elemente, Verwirrung säend, an die proletarischen Kreise herandrängen.

Frau v. Gizycki erblickt allerdings in dem Bestreben, verwirrenden Einfluß von der proletarischen Frauenwelt abzuwehren, entweder den Ausfluß eines „blinden Parteisanatismus“ oder aber das Eingeständnis, daß „man der Proletarierinnen nicht sicher sei“. „Der Casus macht mich lachen.“ Wenn das gesammte Proletariat bereits zum Klassenbewußtsein erzogen wäre, so hätte die Sozialdemokratie ihre geschichtliche Mission erfüllt und könnte nach Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft meinetwegen sogar zum Besten der Gesellschaft für ethische Kultur abdanken. So lange dies aber nicht der Fall ist, hat jeder zielbewußte Sozialdemokrat die Pflicht, im Kleinen und Großen jeden Einfluß energig abzuweisen, welcher die Klärung und Schulung des proletarischen Klassenbewußtseins auch nur vorübergehend aufzuhalten vermag.

Frau v. Gizycki hat entdeckt, daß mir die Thatsache des Eintretens bürgerlicher Frauen für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nicht „willkommen scheint“, und daß mein „Zorn“ mit den Fortschritten der „diesbezüglichen Strömung wächst“. Es mag ihr Geheimniß bleiben, wie sie diesen meinen „Zorn“ zusammenreimt mit der Thatsache, daß ich gerade die Halbheit und Energielosigkeit der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen geißelte, festnagelte, wie blutwenig sie für die Gleichstellung der Geschlechter gethan haben, wie schlapp und verständnislos sie sich den letzten Zielen der bürgerlichen Frauenbewegung gegenüber verhielten. Der Kampf für die Emanzipation der Frau ist eine Nebenaufgabe, welche mit anderen Nebenaufgaben dem Proletariat der einzelnen Länder mehr oder weniger ausschließlich zufällt. Es kann dem Proletariat nur lieb sein, wenn solche Nebenaufgaben so vollständig als möglich von bürgerlichen Elementen gelöst werden, denn dann kann es selbst sich so ausschließlich seiner Hauptaufgabe widmen: durch den Klassenkampf jede Klassenherrschaft für immer zu beseitigen.

In Deutschland wird allerdings der Löwenantheil des Kampfes für die Gleichstellung der Geschlechter dem Proletariat zufallen. Das deutsche Bürgerthum — ohne Unterschied des Geschlechts — beweist auch dieser Frage gegenüber, daß es mit affenartiger Geschwindigkeit sich auf dem absteigenden Ast seiner Entwicklung bewegt und unfähig ist, kulturelle Reformarbeit zu leisten. Deshalb bleibt Frau v. Gizycki's Behauptung entgegen: die Befreiung der Frau sei Sache keiner Partei, sondern der Menschheit — in Deutschland gerade sogar die Befreiung der Frau im bürgerlichen Sinne die Sache einer Partei, die Sache der Sozialdemokratie. Die Reichstagsverhandlungen haben übrigens erst kürzlich wieder sinnfällig bestätigt, welch Verständnis die im Deutschen Reiche wandelnde bürgerliche „Menschheit“ der sogenannten Frauenfrage entgegenbringt. Daß aber die volle soziale Befreiung der Frauenmasse nur in einer von Grund aus umgestalteten Gesellschaft erfolgen kann, das brauche ich an dieser Stelle nicht erst zu beweisen. Ebensovienig die Thatsache, daß einzig und allein die Sozialdemokratie für eine solche Neuordnung der sozialen Verhältnisse kämpft. An diesem Stand der Dinge ändert es absolut nichts, daß Atome der nichtproletarischen „Menschheit“ in Reih und Glied der

Sozialdemokratie stehen oder als freigeisteln Salonsozialisten sich dem unfruchtbaren Werf einer Belehrung der Satten und Ueberfatten widmen.

Daß ich für meine Kritik der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen oft genug das Vorhandensein vereinzelter Ausnahmen betonte, daß ich sie nicht als Personen für den Charakter ihrer Bewegung verantwortlich machte, weil Frauenrechtelei und Frauenrechtlerinnen die Produkte der geschichtlichen Entwicklung sind, will ich nur der Vollständigkeit meiner Antwort wegen kurz bemerken. Die deutschen Frauenrechtlerinnen sind Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein der deutschen Bourgeoisie, und ihre Bewegung zeigt alle Symptome des politischen Verfalls, welche diese charakterisirt. Mein Urtheil aber über den „Werth“ der Stillen-Kammerlein-Sozialisten für die proletarische Bewegung kann Frau v. Gizycki in nächster Nummer dieses Blattes lesen.

Da der Artikel: „Nach links und rechts“ keinen der grundsätzlichen Unterschiede zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung in den Kreis seiner Erörterung zieht, wäre ich im Recht, der Verfasserin bezw. der Redaktion der „Frauenbewegung“ bezüglich einer grundsätzlichen Stellungnahme zuzurufen: „Heraus mit Eurem Flederwisch!“ Aber ich kann auf diese Herausforderung verzichten. Das Programm, zu dem sich Frau v. Gizycki bekennt, ist das der „ethischen Kultur“, d. h. das Programm des sozialpolitischen Halbdunkels, in welchem „alle Katzen grau sind“. Es ist das Programm der ethisch frisirten und parfümirten Salonsozialisten, welche gerade genug von dem „berechtigten Kern“ der sozialdemokratischen Forderungen anerkennen, um nicht von vornherein die proletarischen Kreise zurückstoßen; welche sich aber hüten, sich so rüchaltlos zum Sozialismus zu bekennen, daß sie sich in bürgerlichen Kreisen unmöglich machen. Mit diesem Programm, dem der sozialen Impotenz, werde ich mich gelegentlich eingehend beschäftigen.

Was Frau v. Gizycki von meinem „blinden Parteisanatismus“, meinem „Zorn“, meiner „Erregung“, meinem „Mangel an überlegener Sicherheit des Auftretens“, meinem „Unterstellen niedriger Motive“ und anderen schönen Eigenschaften einer edlen Seele weiß, darauf gehe ich nicht ein. Derartige persönliche Anwürfe gereichen nicht mir zur Unehre. Um sie zurückzuweisen und wohl gar nach dem Befehle des Hälions bezüglich der Eigenschaften der Frau v. Gizycki frei nach ihrer Faltion Kathespiel zu treiben, dazu erscheint mir weder deren Persönlichkeit, noch meine eigene als interessant und wichtig genug. Abgesehen davon, widerstrebt es mir, auf das Niveau einer Diskussion herabzusteigen, wo diese trotz des ruhigsten und sachlichsten Tones dem Wesen nach nichts sein würde als Weibergezänk, als ein Geplänkel um Personen, statt ein Kampf für Ideen.

Nur eine der persönlichen Anpassungen des Artikels muß ich zurückweisen. Mit offenbar ebenso richtiger Einschätzung der eigenen als der fremden Leistungen behauptet Frau v. Gizycki, daß die von ihr mitredigirte „Frauenbewegung“ bewußt erstrebe, was die „Gleichheit“ ihres Erachtens nur unbewußt thue: durch die Zusammenstellung von thatsächlichem Material für ihre Ueberzeugung zu wirken. Ich weiß nicht, ob Frau v. Gizycki bewußt oder unbewußt zu ihrer Erkenntniß gekommen ist, aber das Eine weiß ich, daß ich das Urtheil darüber, ob der Zuschnitt der „Gleichheit“ ein bewußter oder unbewußter ist, getrost den Leserinnen und Lesern überlassen kann und — eventuell dem Staatsanwalt. Nur das Folgende will ich bezüglich des Inhalts der „Gleichheit“ betonen. Dieser Inhalt ist nicht zugeschnitten mit Rücksicht auf ein bürgerliches Publikum, dessen schöne Gefühle für die leidende „Menschheit“ zwischen zwei guten Mahlzeiten durch Attentate auf die Thränenröhren, durch das Vormalen der schreiendsten sozialen Greuel wachgerüttelt und zu guten Vorsätzen emporgekräftigt werden müssen. Die „Gleichheit“ wendet sich an Proletarierinnen, denen die Thatsachen die Erkenntniß von der Ungerechtigkeit der herrschenden Zustände mit blutigen Zügen auf den Rücken schreiben. Es gilt, ihnen die Ursachen ihres Elends klar zu legen, den Weg zu zeigen, der zu ihrer Befreiung führt, d. h. ihr Klassenbewußtsein zu wecken und sie als zielbewußte Streiterinnen den im Klassenkampfe stehenden proletarischen Heeren einzureihen. Die Wirkung der „Gleichheit“ auf bürgerliche Gemüther läßt mich „lühl bis ans Herz hinan“.

Frau v. Gizycki erklärt ausdrücklich, „der Kampf der politischen Parteien sollte weniger ein Kampf gegen einzelne Menschen als ein Kampf gegen und für Grundsätze sein“. Es thut mir ihretwegen leid, daß ihr Artikel im striktesten Gegensatz zu dieser Erklärung steht. Denn wenn sie erst die Enttäuschung überwunden hat, daß es ihr nicht glückte, ein Zeichen der Frauenrechtelei, bürgerliche und proletarische Frauen in einem gemeinsamen Bittgang zu vereinen und im Zeichen der ethischen Kultur zusammenzuführen, was die Klassengegensätze scheiden, so wird sie dies ihr Mißgeschick gewiß bitter empfinden. Mich rührt daselbe — trotz meines „Zorns“ und „Parteisanatismus“ —

so tief, daß ich die „scharfen Pfeile“, die ich noch in meinem Röcher führe, einstweilen stecken lasse. Frau v. Bizycki bezeichnet sich selbst als augenblickliche „Schlachtenbummlerin“. Schlachtenbummler dürfen sich nicht wundern, wenn sie hin und wieder eine Kugel trifft. Das kämpfende Proletariat jedoch hat kein Interesse daran, daß seine Reihen von Schlachtenbummlern umschwärmt werden. Wohl aber hat es ein wachsameres Auge auf solche Schlachtenbummler zu halten, welche gelegentlich ihr Schlachtenbummlerthum aufgeben und ihre Stimme erheben — und zwar recht laut und nachdrücklich erheben — um das vorwärtstürmende Heer der Klassenkämpfer in eine Richtung zu weisen, wo ihrer nicht die Befreiung wartet, sondern die sichere Enttäuschung.

Clara Zetkin.

Luise Otto-Peters †

Deutschlands Frauenwelt hat eine ihrer ältesten und tüchtigsten Vorkämpferinnen verloren. Ende März starb in Leipzig Frau Luise Otto-Peters. Sie war keine der Unseren, sie stand nicht kämpfend im proletarischen Lager. Nichtsdestoweniger schuldet ihr auch die proletarische Frauenwelt Anerkennung. Luise Otto-Peters hatte erkannt, daß die volle politische Freiheit Aller die Vorbedingung ist für das Erringen sozialer Befreiung. Und so gehörte sie zu den ersten Frauen, welche in Deutschland den Muth hatten, die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu fordern und sich politisch zu betheiligen. Bereits um das Jahr 1848 gab sie eine Frauenzeitung heraus mit dem Motto: „Dem Reich der Freiheit werbe ich Bürgerinnen.“ Mit Kopf und Herz stand sie während der deutschen 40er Freiheitskämpfe im Lager der „Rebellen“, in dem auch ihr Bräutigam stritt, der dafür mit siebenjähriger Kerkerhaft büßen mußte. 1869 war es Luise Otto-Peters, die zusammen mit einigen anderen bekannten Vorkämpferinnen für Frauenrechte in Berlin den ersten Arbeiterinnenbildungsverein gründete. Ihrer Ueberzeugung nach war die Bestrebene eine ehrliche bürgerliche Demokratin. Nach der Gründung des „Volksstaat“ gehörte sie zu den gelegentlichen Mitarbeitern dieses sozialdemokratischen Blattes. Aber je reinlicher sich allmählig die Scheidung zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie vollzog, um so mehr ging ihr die Fühlung mit der letzteren verloren, und um so ausschließlicher widmete sie ihre bedeutende Kraft den Zielen der bürgerlichen Frauenbewegung. Der sozialdemokratischen Bewegung stand sie vorurtheilslos gegenüber, dem Leiden der Arbeiterklasse brachte sie warmes Mitgefühl, ihrem Ringen nach Befreiung Sympathie entgegen. Ihr edler Charakter, ihr selbstloses, aufopferndes Wirken im Dienste ihrer Ueberzeugung sichern ihr eine Erinnerung weit über den Kreis Derer hinaus, die ihr persönlich nahe standen, und die durch ihren Tod schwer getroffen worden sind. Ehre ihrem Andenken.

Kleine Nachrichten.

Ein „guter“ Nebenverdienst wurde einer Dresdener Arbeiterin, die durch ihre Berufsarbeit nicht genügend für ihren Unterhalt erwarb, in einem Stickeriegeschäft angeboten. Die Arbeiterin sticht täglich von früh 4 Uhr bis 1/8 Uhr und von 5 Uhr Nachmittags bis spät in die Nacht hinein. Damit verdiente sie im Laufe eines ganzen Jahres ganze 45 Mark. Der Besitzer des Geschäfts begründete die gezahlten Schundpreise damit, daß „meist Damen für ihn arbeiteten, die es nicht so nöthig hätten, und die mit noch weniger zufrieden wären“. Fast auf allen Gebieten der sogenannten weiblichen Handarbeiten leiden die eigentlichen Berufsarbeiterinnen schwer unter der Schmutzkonkurrenz der „besseren Frauen“ und „höheren Töchter“, die nur nebenher arbeiten und nicht ihren gesamten Lebensunterhalt verdienen müssen, sondern oft — nicht immer — nur für ein Mehr an „standesgemäßem“ Luxus aufkommen wollen.

Eine Frauenausstellung in Kopenhagen soll im Mai eröffnet werden. Kunst, Literatur, Musik, Wohlfahrtseinrichtungen und Haushaltung sollen auf der Ausstellung vertreten sein. Die Initiative zu der Ausstellung geht von Frauen aus, Staat und Privatpersonen haben 50000 Kronen zu den Kosten beigegeben. Im Komitee, das Frau Kammerherr Orholm zu seiner Präsidentin gewählt hatte, ist jedoch Streit ausgebrochen. Ein Mitglied des Komitees, Frau Meyer, hatte sich wegen sozialistischen Meinungen bei Frau Orholm „mißlieblich“ gemacht und wurde genöthigt, das erhaltene Mandat niederzulegen. Die Mehrzahl der Komitemitglieder wollten jedoch von der Einmischung der Politik in die Ausstellungsangelegenheiten nichts wissen, und so mußte sich die gutgesinnte Frau Orholm gleichfalls aus dem Komitee zurückziehen. Die Baronin Reeh-Thott, Gemahlin des Ministerpräsidenten, wies den angebotenen Vorstoß zurück, wie man annimmt, weil auch sie nicht mit einer Sozialistin zusammenarbeiten wollte.

Die Präsidentschaft soll nun — immer hübsch demokratisch — einer Prinzessin angeboten werden. Kommentar zu diesen Vorgängen überflüssig.

Ausbau der Fabrikgesetzgebung — in England. Das englische Unterhaus nahm in erster Lesung eine vom Minister des Innern eingebrachte Novelle zum Fabrikgesetz an, deren Zweck ist, „Bedingungen der Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schaffen“. Der Entwurf soll verhindern, daß die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten in gesundheitsschädlicher Enge zusammengepfercht schaffen; er verbietet, daß Kinder und junge Personen in Bewegung befindliche Maschinen reinigen; daß Personen unter 13 Jahren Ueberstunden leisten, daß in Fabriken beschäftigte Kinder Arbeit mit nach Hause nehmen. Ferner beschränkt er die Ueberzeit für Arbeiterinnen und bestimmt, daß junge, männliche Personen und Arbeiterinnen, die ihre volle Zeit in Fabriken thätig sind, keine Arbeit nach Hause mitnehmen, oder nach der Tagesarbeit im Laden beschäftigt werden dürfen. Der Entwurf dehnt außerdem das Fabrikgesetz aus auf Wäschereien, Docks, Werften, Quais, Gebäude, in welchen Maschinen verwendet werden, und auf Bachhäuser. Gelegentlich der Spezialdebatte soll aus dem Hause heraus die Erhöhung der Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zur Fabrikarbeit beantragt werden. In England arbeitet man schrittweise, aber stetig an der Erweiterung des Arbeiterschutzes. In Deutschland revidirt man den dürftigen gesetzlichen Arbeiterschutz nach rückwärts, erklärt, daß in dieser Beziehung nichts, aber auch gar nichts mehr gethan werden könne und dürfe und bietet dem Proletariat das Maulkorbgesetz. Deutschland kultivirt offenbar die Sozialreform, wie sie von der Kapitalistenklasse verstanden wird.

Das Frauenstimmrecht in Amerika. Der gesetzgebenden Körperschaft (Legislatur) der englischen Kolonie Neu-Braunschweig, Kanada, lag kürzlich ein Gesetzentwurf vor, den Frauen von gewissem Vermögen oder Einkommen das Stimmrecht zum Parlament zu ertheilen. Der Antrag wurde mit einer Majorität von vier Stimmen abgelehnt. Das Schicksal des Antrags zeigt, daß der Gedanke der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auch in den älteren englischen Kolonien mehr und mehr Boden gewinnt. Der Antrag selbst aber beweist, daß in den Kreisen, welche für die Befreiung des weiblichen Geschlechts schwärmen, vielfach das Prinzip der Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlig trägt, nur oberflächlich an der Haut sitzt und vor der Armuth Halt macht. Mit diesem Antrag spottet die neu-braunschweigische Frauenrechtlei ihrer selbst, sie weiß nicht wie. Denn was sie fordert, ist nicht das Recht für die Frau als Person, als Menschenwesen, sondern für die Frau als Besitzerin von Vermögen. Nicht die Gleichheit Aller im Punkte der politischen Rechte wollte der Antrag herbeiführen, nur Gleichheit zwischen dem Mann und der Frau der besitzenden Klasse. Recht naech und unklug hat in diesem Falle bürgerliche Frauenrechtlei einmal verrathen, was sie sonst gern in Abrede stellt oder bei ihrer ungeschichtlichen Auffassung der sozialen Verhältnisse nicht erkennt: daß auch für sie das Klasseninteresse bestimmender ist, als alle ideologischen Erwägungen.

Zur Beachtung.

Da wie bekannt die Berliner Frauen-Agitations-Kommission behördlich aufgelöst wurde, sind bis auf Weiteres alle Anfragen und Sendungen betreffend die Agitation unter den Frauen zu richten an
Frau v. Hofstetten, Berlin,
Louisenufer 46 parterre.

Zur Beachtung.

Damit die nothwendige Forderung des Wahlrechts für die Frauen auch in solchen Orten erhoben wird, wo aus irgend welchen Gründen Versammlungen nicht stattfinden können, soll ein Flugblatt zur Verbreitung kommen. Es werden daher die Kreis-Vertrauenspersonen ersucht, möglichst bald der Unterzeichneten mitzutheilen, wie viel Flugblätter sie für ihren Kreis zu haben wünschen.

Ottilie Gerndt, Berlin O., Blumenstraße 26.